

PRESSEMITTEILUNG

(SET) Straßenausbaubeiträge: H + G Göttingen e. V. begrüßt Ratsantrag von CDU, FDP und Piraten, in dem die ersatzlose Abschaffung der ungerechten und unsozialen Gebühr für Anlieger auch in Göttingen gefordert wird. Auch die Grüne Ratsfraktion sprach sich jetzt geschlossen dafür aus.

Nach vorliegenden Informationen werden sich auch die GöLinke und DIE PARTEI für die Abschaffung einsetzen.

Einzig die SPD-Ratsfraktion bezeichnete den Antrag als „populistisch“: Durch anderweitige Finanzierungen der Straßenausbaukosten – zum Beispiel durch die Erhöhung der Grundsteuer - würden künftig die Mieter belastet. Diese Behauptung ist unseriös, denn eine Erhöhung der Grundsteuer ist nicht nötig: allein die – zweistufige - Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 530 % auf 590 % hat ab dem Jahr 2013 Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Millionen Euro p. a. in die Kassen der Stadt gespült. **Versprochen wurde den Bürgern – Vermietern und Mietern - öffentlich, dass die zweite Stufe der Grundsteuererhöhung (30% = 1,35 Mio. Euro p.a.) ab 2016 wieder zurückgenommen wird. Das ist nie erfolgt. Fast 5 Mio. Euro „Sondereinnahmen“ hat die Stadt hieraus von den Bürgern kassiert und tut dieses bis zu einer Abschaffung weiterhin.** Die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer betragen ca. 27,5 Mio. Euro jährlich.

Zum Vergleich: Die Straßenausbaubeiträge in Göttingen beliefen sich im Durchschnitt mehrerer Kalenderjahren auf 500.000,00 € bis 800.000,00 € p. a. – diese Beträge hätten ohne Probleme aus den Grundsteuermehreinnahmen finanziert werden können. Mit den dann noch verbleibenden „Zusatzeinnahmen“ aus der Grundsteuererhöhung finanzieren Vermieter und Mieter seit dem 1. Januar 2016 den allgemeinen Haushalt der Stadt Göttingen und das, obwohl der Landesvertrag aufgrund der guten Finanzlage der Stadt fünf Jahre früher beendet werden konnte. **Der Vorhalt, Bildung und Kultur würden bei Wegfall der Straßenausbaubeiträge leiden, verfängt daher ebenfalls nicht. Es fehlt der SPD-Fraktion allein der politische Wille zur Abschaffung.**

Der Ratsantrag wurde jetzt einstimmig an den Finanzausschuss verwiesen. H + G Göttingen e. V. begrüßt auch dieses ausdrücklich und wird sachgerecht und fundiert die obigen Argumente zur Finanzierung im Fachausschuss vortragen. Wir setzen uns weiterhin – jetzt mit Unterstützung der Ratsmehrheit – mit großem Engagement für die ersatzlose Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein.

Die Beitragserhebung ist ungerecht: Alle nutzen die Straße: Pendler, Mieter, Lkw und der öffentliche Nahverkehr – warum sollen die Anlieger allein bezahlen?

Die Beitragserhebung ist unsozial: Die Instandhaltung der Straßen ist als Maßnahme der Daseinsfürsorge Aufgabe der Städte und Gemeinden und somit aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu bestreiten, dann zahlen Leistungsstarke mehr Steuern als finanziell schlechter gestellte BürgerInnen. Insbesondere Rentner und junge Familien werden derzeit unangemessen belastet, was existenzgefährdend sein kann.

Göttingen, den 17. Februar 2020

H + G Göttingen e.V.
Susanne Et-Taib
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Groner-Tor-Str. 1
37073 Göttingen

Telefon: 0551 / 52 10 12
Telefax: 0551 / 52 10 169
E-Mail: presse@hug-goe.de
Internet: www.hug-goe.de